

Pro & Contra

Erschienen im Magazin Mitbestimmung 5/2007, S. 9





Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Brauchen die Demokratie und der Sozialstaat ein bedingungsloses Grundeinkommen?



MICHAEL OPIELKA ist Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena.

"Ja – ein garantiertes Grundeinkommen ist auch ein gewerkschaftliches Zukunftsprojekt. Die Formel ,bedingungslos' führt dabei in die Irre: Ein Grundeinkommen wird noch für längere Zeit an die Sozialbürgerrolle gekoppelt bleiben. Ein Grundeinkommen entwickelt den Sozialstaat aber weiter. Statt (Neo-)Liberalismus, Sozialdemokratismus und Konservatismus steht ein Grundeinkommen für etwas, das ich 'Garantismus' nenne. Das heißt: Der Sozialstaat garantiert allen nachhaltig eine menschenwürdige Existenz. Doch den Lebensstandard sichert er nicht mehr. Er macht das spätestens seit Hartz IV ohnehin nur noch für einige Rentner und Pensionäre. Da kommen die Gewerkschaften ins Spiel: Betriebsbezogene und betriebsübergreifende Zusatzsicherungen sind im 'garantistischen' Sozialstaat vor allem auch ihre Aufgabe. In Schweden und der Schweiz machen sie es erfolgreich. Ein Grundeinkommen muss und kann mit anderen Sozialleistungen gekoppelt werden, vor allem mit sozialen Diensten. Anders als in den erwerbsarbeitszentrierten Sozialversicherungen bezieht die Finanzierung eines Grundeinkommens alle Einkommensarten ein. Ein Grundeinkommen ist finanzierbar, wie unsere Berechnungen zeigen. Es trägt zur Umverteilung von oben nach unten bei und stärkt so die Demokratie."



CLAUS SCHÄFER leitet das Referat Verteilungspolitik im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung.

"Nein - die Contra-Argumente

überwiegen und machen das scheinbar emanzipatorische Projekt zum trojanischen Pferd des Neoliberalismus. Der ,point of no return' sind die an das 'bedingungslos' geknüpften Finanzierungskosten und deren unausweichliche Folgen, denen sich auch die 'gutmeinenden' Verfechter nicht entziehen können. Schon bei einer bescheidenen Höhe von 800 Euro pro Monat entsteht ein Finanzbedarf von 33 Prozent des BIP oder dem Ausmaß aller jetzigen Sozialausgaben. Die Deckung dieses Bedarfs erfordert eine exzessive Erhöhung der Staatseinnahmen und/oder eine Senkung der Staatsausgaben. Die Streichung aller jetzigen Sozialleistungen - bis auf eine Grund-Gesundheitsversorgung - ist aber eh ein explizites Ziel der konservativen Befürworter eines Grundein-DM-Werner - sind im Ergebnis ebenso fatal. Und Götz Werner will zudem wie andere das Grundeinkommen auch auf die Löhne anrechnen, also noch mehr Niedriglöhne über einen Super-Kombilohn schaffen. Das Ende: weniger Kaufkraft und Sicherheit für viele, auch für Erwerbslose eine kaum bessere Lage als heute und noch mehr gesellschaftliche Spaltung."



Was ist Ihre Meinung? Schicken Sie uns Ihren Leserbrief oder Ihre Themenvorschläge für diese Rubrik an: redaktion@boeckler.de